

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Reihe: Franz Vranitzky Lectures

Freitag, 19. März 2010, 19.00 Uhr

ULRICH BRAND

Professor für Internationale Politik, Universität Wien

SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK IN ZEITEN DER MULTIPLLEN KRISE

Begrüßung und Kommentar:

Franz Vranitzky, Bundeskanzler a.D., Ehrenpräsident des Bruno Kreisky Forums

Kurzbiographie

Ulrich Brand, Jg. 1967, Dr. habil., Dipl.-Politologe, Dipl.-Betriebswirt (BA), aufgewachsen am Bodensee, Studium der Betriebswirtschaft an der Berufsakademie Ravensburg (Schwerpunkt Tourismus, Diplom 1989), der Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Frankfurt/M., Berlin und Buenos Aires (Diplom 1996), Promotion mit einer Arbeit zum Verhältnis von Staat und Nichtregierungsorganisationen in der internationalen Umweltpolitik (2000), Habilitation. Die politische Form der Globalisierung. Soziale Kräfte und Institutionen im internationalisierten Staat (2006). Ab 2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem von der VW-Stiftung finanzierten Projekt zu internationaler Umwelt- und Ressourcenpolitik, ab 2001 wissenschaftlicher Assistent am Fachgebiet Globalisierung & Politik, am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel. Längere Forschungsaufenthalte in den USA (1995), Mexiko (2000), Kanada (2003), Lehre an den Universitäten Frankfurt/M. und Kassel, im Herbstsemester 2005 an der Rutgers University, New Jersey, im Wintersemester 2006/2007 an der Hochschule Bremen, im Sommersemester 2007 als Gastprofessor an der Universität Wien. Ab September 2007 Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Rudolf Scholten

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie sehr herzlich willkommen heißen zu einer neuen Folge der Franz Vranitzky Lectures. Wir haben uns ursprünglich gedacht, dass wir im danebenliegenden Wohnzimmer in einer Runde von 20 bis 25 Zuhörern diesen heutigen Abend erleben werden, nicht als Niederlage. Wir sind hier bekennende Nichtquotenjäger. Das heißt, auch Veranstaltungen, wo nur wenige Gäste sind, können sehr, sehr gut sein. Aber ich will nicht verbergen, dass wir uns besonders freuen, wenn wir sehr gute Veranstaltungen haben und sehr viele Gäste. Insofern freue ich mich sehr, dass das offensichtlich auf großes Interesse gestoßen ist.

Die Franz Vranitzky Lectures gehen zurück auf den Augenblick, wo Franz Vranitzky, der viele Jahre Präsident des Bruno Kreisky Forums war, nunmehriger Ehrenpräsident des Bruno Kreisky Forums, vor allem aber Gründer des Bruno Kreisky Forums, seine Präsidentschaft zurückgelegt hat, und, glaubend dass er als Ehrenpräsident von uns weniger in Anspruch genommen wird, sich in die Ehrenpräsidentschaft gerettet hat. Wie wir uns überlegt haben, was man ihm schenken könnte für das, was er bisher für dieses Haus, für diese Institution getan hat, kamen wir auf das Wertvollste, was wir zu vergeben haben, nämlich Programm und haben ihn gebeten, diese Reihe zu gestalten, dazu einzuladen, aber vor allem sie sich auszudenken. Insofern bin ich sehr froh, dass wir dadurch eine ganz aufregende, interessante, spannende Folge an Vorträgen und Diskussionen schon erlebt haben. Ich darf sehr herzlich begrüßen Franz Vranitzky. Seine Rolle für dieses Haus ist einfach beschrieben. Man würde normalerweise sagen, wir verdanken ihm viel, wir verdanken ihm alles. Franz Vranitzky hat eingeladen für heute Abend jemanden,

der in diesem Haus allerdings nicht öffentlich schon häufiger zu Gast war in einer Diskussionsrunde, die sich auch mit dem Thema beschäftigt, das heute seinen Vortrag bestimmt. Ich bin sehr froh, dass er das erste Mal öffentlich in diesem Haus ist, Herr Prof. Brand, Professor für internationale Politik an der Universität Wien. Guten Abend.

Wir haben uns in kleineren Runden schon öfter hier beschäftigt mit dem Thema, was diese Krise eigentlich für unsere Gesellschaft und für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft ausmacht, welche Gefahren, aber auch welche möglichen Notwendigkeiten sich daraus ableiten. Wir kamen zu einem Befund, der eigentlich recht Besorgnis erregend ist, nämlich dass die Krise, vor allem die Folgen der Krise durchaus das Potenzial beinhalten, dass der Zusammenhalt dieser Gesellschaft nicht nur gefährdet ist, sondern schwer aus der Balance geraten kann. Ich will buchstäblich nichts hier vorweggreifen. Aber es ist nicht immer leicht zu bestimmen, wer an der Krise Schuld ist, aber es ist sehr leicht zu bestimmen, wer an der Krise sicher nicht Schuld ist. Und das sind diejenigen, die sie zu bezahlen haben. Diejenigen, die sie zu bezahlen haben, haben sie vermutlich sogar doppelt zu bezahlen, weil sie sie einerseits durch eine deutliche Verunsicherung des Arbeitsmarktes bezahlen derzeit schon und auch wohl noch einige Zeit und ein zweites Mal werden bezahlen über die notwendigen Korrekturen, die in den Staatshaushalten notwendig sind. Um es auf einen ganz einfachen Satz zu bringen. Das werden sich die Menschen nicht so leicht gefallen lassen und im Übrigen, das sei dazu gesagt, sie hätten auch recht dabei, wenn sie es sich nicht so leicht gefallen lassen. Das beinhaltet einen Sprengsatz oder eine Rissgefahr für unsere Gesellschaft in einem Ausmaß, wie wir das, glaube ich, in unseren westlichen Demokratien schon sehr lange nicht erlebt haben. Und das führt dann auch gleich zum nächsten Punkt, nämlich dass häufig in diesen Debatten, die um diese Krisenkonsequenzen geführt werden, auch die Grundfrage gestellt wird, ob eigentlich das politische System und zwar das demokratische politische System, wie wir es kennen, ausreicht, um einen vor solchen Krisen zu schützen. Die Antwort ist offensichtlich nein, weil sonst hätte es diese Krise nicht gegeben. Und daraus wird rasch manchmal und immer häufiger der Schluss gezogen, möglicherweise ist an dem System etwas nicht in Ordnung. Und das wiederum führt sehr schnell zu Diskussionen, wo scheinbar für sicher gehaltene Prinzipien der Demokratie in Frage gestellt werden.

Ich bin tatsächlich sehr dankbar dem Herrn Prof. Brand, dass er sich dem Thema gestellt hat. Das heißt "Sozialdemokratische Politik in Zeiten der multiplen Krise". Ich darf ihn bitten zu übernehmen und danach mit Franz Vranitzky auf der Bühne eine Diskussion zu führen.

Ulrich Brand

Herzlich willkommen auch von meiner Seite an diesem schönen ersten Frühlingsabend. Ich möchte mich ganz herzlich bei Dr. Vranitzky bedanken, dass er mir die Möglichkeit gibt, im Rahmen seiner Lectures hier auch vorzutragen, einige Ideen vorzustellen. Als junger Jungsozialist - ich bin aus Baden-Württemberg - war ich damals 1986 als Maturant ganz fasziniert - ich war glühender Lafontaine Fan - wie Franz Vranitzky als Kanzler auch den Mut besessen hat, die politische Konsequenz damals, die Koalition aufzulösen, als es den Wechsel in der FPÖ gab. Das hat mich als junger Mensch, damals 18jährig, sehr faszinierend. Und jetzt bei unserem ersten persönlichen Treffen vor einigen Wochen war ich genau so fasziniert über Ihre Diskussionsbereitschaft und diesen Wunsch nach einem breiten Verständnis, einem breiten Zugang zu den aktuellen Problemen. Ich bin sehr stolz, dass ich im Rahmen dieser Vorlesungen auch vortragen darf.

Bedanken möchte ich mich auch beim Präsidenten des Bruno Kreisky Forums, Dr. Rudolf Scholten, der das offensichtlich eingefädelt hat, den ich aus dem besagten Kreis kenne und auch von ihm und seinem Problembewusstsein ganz fasziniert bin von seiner auch intellektuellen Brillanz und von dieser Frage, die uns beschäftigt, wie wird Integration vielleicht brüchig in unseren Gesellschaften. Herzlichen Dank auch an die Generalsekretärin des Bruno Kreisky Forums, Gertraud Auer, und ihr Team, die sicherlich auch was mit der Einladung zu tun hat. Ich glaube, dass Bruno Kreisky Forum ein sehr wichtiger Reflexions- und Diskussionsraum ist. Ich war schon einige Male hier, bin wirklich sehr fasziniert. Und genau das brauchen wir auch in der aktuellen Situation.

In der Vorbesprechung haben wir ausgemacht, dass ich jetzt unter dem Titel "Sozialdemokratische Politik in Zeiten der multiplen Krise" die Handlungsmöglichkeiten sozialdemokratischer Politik auslote, indem ich auch Kontexte und Veränderungen benenne, dann auf die aktuelle Krise eingehe und einige Diskussionsanregungen gebe. Ich versuche, mich auf 30, 35 Minuten zu halten, weil eben die Stärke des Bruno Kreisky Forums genau ist, dass wir Raum haben für den Kommentar, für die Diskussion und für die gemeinsame Diskussion.

Die aktuelle multiple Krise von Wirtschaft und Finanzmärkten, der Klimawandel und andere Dimensionen der ökologischen Krise wie etwa der Verlust der biologischen Vielfalt, die Krise der weltweit ausreichenden Verfügbarkeit von Lebensmitteln, aber auch die Krise sozialer Integration und sozialer Teilhabe von immer mehr Menschen macht soziale, demokratische und ökologische Politik notwendiger denn je. Das neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das auf weniger politische Gestaltung und auf Deregulierung setzte, auf Instabilität und Angst, ist an die Wand gefahren. Wenn die aktuelle Krise nicht nur als Wirtschafts- und Finanzkrise verstanden wird, sondern in ihren vielen Facetten, dann wird deutlich, dass die aktuellen Krisenpolitiken zu kurz greifen: Sie sind zuvorderst defensiv, strukturkonservativ (Stichwort: Erhalt der Automobilindustrie) und hoffen auf ein neuerliches Anspringen des Wachstumsmotors. Die Ursachen und vor allem die Verbindungen mit anderen Krisendimensionen werden nicht angegangen.

Angesichts der multiplen Krise halte ich das für eine falsche und kurzsichtige Perspektive. Es geht gerade in der Krise um Vorschläge, die in der Krise aus der Krise weisen. Es geht darum soziale, demokratische und ökologische Vorstellungen zu entwickeln, wie Gesellschaft zukünftig gestaltet werden kann. Wenn das nicht geschieht, werden wir einen autoritären Neoliberalismus bekommen, der die Probleme repressiv und im Sinne kleiner Bevölkerungsteile löst. Die schwindenden Legitimitätsreserven werden in gewisser Weise mit stärkeren Formen des Zwangs aufgefüllt.

Dann würde sich soziale, demokratische und ökologische Politik überflüssig machen.

Daher stellt sich die Frage: Kann die Sozialdemokratie zum Bestandteil eines progressiven Gesellschaftsprojektes werden? Und wenn ja, wie?

Zur Beantwortung dieser Frage möchte ich nicht auf die SPÖ eingehen, da mir die internen Diskussionen und Kräftekonstellationen zu wenig vertraut sind. Mir geht es vielmehr darum, Anforderungen an soziale und demokratische und sozial-ökologische Politik in einer Zeit zu formulieren, in der offenbar die zentralen sozialdemokratischen Orientierungen dringend notwendig sind.

Im Anschluss an den italienischen Philosophen und Publizisten Norberto Bobbio verstehe ich linke und rechte Politik mit all ihren Schattierungen und parteipolitischen Ausprägungen nicht als etwas Fixes, sondern als historisch veränderliche Verhältnisse im gesellschaftspolitischen Raum. Was also sozialdemokratisch ist, wandelt sich im Zeitverlauf, ist Teil gesellschaftlicher Entwicklungen und innerparteilicher Auseinandersetzungen, die sich wiederum in Parteienkonkurrenz und Wahlergebnissen niederschlagen.

Und dennoch gibt es historische Kernbestände gesellschaftspolitischer Orientierungen. Diese sind im sozialdemokratisch aufgespannten Raum, das wir hier niemanden überraschen, eben jene von Gleichheit und Gerechtigkeit, dem Anspruch auf politische und soziale Partizipation der Bevölkerung als Voraussetzung individueller Freiheit. Diese Grunddimensionen sind verknüpft mit ökonomischen Entwicklungen, stehen teilweise aber auch in einem Spannungsfeld dazu.

Diese einführenden Überlegungen bilden den Rahmen für meinen Vortrag.

Anfangs werden knapp die Strukturveränderungen in westlichen kapitalistischen Gesellschaften wie der österreichischen in den letzten Jahrzehnten skizziert. Dabei entwickle ich ein bestimmtes Verständnis von Globalisierung, das sich von vielen sozialdemokratischen Diagnosen unterscheidet. Mein Deutungsvorschlag hat erhebliche politisch-strategische Implikationen. Anschließend gehe ich auf die damit verbundene historische Entwicklung der Sozialdemokratie ein. In Anlehnung an den

Parteienforscher Oliver Nachtwey identifiziere ich eine Transformation hin zu einer „Markt-Sozialdemokratie“. Im letzten Teil unterbreite ich einige Ansatzpunkte bzw. Perspektiven der Reformulierung sozialer, demokratischer und ökologischer Politik.

1.

Die Strukturveränderungen der westlichen Gesellschaften seit den 1970er und 80er Jahren bilden das Ende einer spezifischen Periode kapitalistischer Entwicklung, nämlich die eines „fordistischen“ Klassenkompromisses. Dieser basierte auf Massenproduktion, Massenkonsum, einen in die Wirtschaft intervenierenden und sozialpolitisch aktiven Staat und auf eine enorm intensive Vernutzung natürlicher Ressourcen. Der Kompromiss wurde ermöglicht durch eine starke ArbeiterInnenbewegung, aber auch durch eine real existierende Systemalternative. Und er war sozialstrukturell männlich und weiß dominiert; international basierte er auf einer zunächst kolonialen, dann post-kolonialen Weltordnung.

Diese Konstellation geriet ab der ersten Hälfte der 1970er Jahre, in Österreich etwas später, in die Krise. In deren Zuge kam es zu einer Neuausrichtung des Produktionsmodells in Richtung einer Flexibilisierung, einer Restrukturierung der internationalen Arbeitsteilung, der zunehmenden Bedeutung von Dienstleistungsberufen. Es kam zu einer Ausdifferenzierung der Lebenslagen, womit das traditionelle sozialdemokratische Milieu einer recht homogenen ArbeiterInnenschaft gesellschaftlich kleiner wurde.

Wichtig ist mir an dieser Stelle zu betonen, dass das, was wir heute als neoliberale Globalisierung bezeichnen, kein zwangsläufiger, sondern ein umkämpfter Prozess war und ist, in dessen Zentrum die Schwächung der Lohnabhängigen und ihrer Interessenvertretungen stand und steht.

Wie werden diese Umbrüche innerhalb der sozialdemokratischen Debatte gedeutet? Ich mache nur einige Andeutungen, um mein eigenes Argument zu entwickeln.

Der Globalisierungsprozess wird zuvorderst als ökonomischer und bislang ungesteuerter Prozess verstanden. Alfred Pfaller von der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung geht in einer letzten Dezember publizierten Analyse davon aus, dass die Weltwirtschaft eben so funktioniere wie sie funktioniere. Entsprechend hat er Vorschläge für sozialdemokratische Politiken „sozialer Inklusion unter den aktuellen Bedingungen der Globalisierung und der post-industriellen Wissensgesellschaft“ formuliert. Es bedürfe neuer gesellschaftlicher Bündnisse, um den Kapitalismus zu zähmen sowie seine produktiven und kreativen Kräfte in den Dienst menschlicher Entwicklung zu stellen. Die sich globalisierende kapitalistische Ökonomie müsse politisch reguliert werden.

Der Politikwissenschaftler Anton Pelinka formulierte vor ähnlichem Hintergrund in der Zeitschrift „Zukunft“ im vergangenen Oktober, dass das Problem sozialdemokratischer Politikgestaltung heute die transnationalisierte Ökonomie sei und die SPÖ in der „Falle des Nationalstaates“ sitze. Daher sei transnationale Politik nötig. Der Nationalstaat, ich zitiere nochmals und exemplarisch Pelinka, verliere angesichts der Grenzenlosigkeit des Kapitals „seine nach 1945 in Europa gewonnene Rolle als Korrektor, als Gegengewicht zur ökonomischen Dynamik. Nationalstaatliche Politik ist der große Verlierer.“

Ich schlage eine andere Perspektive vor, die politisch-strategisch folgenreich ist. Globalisierung ist kein zuvorderst ökonomischer Prozess und bislang nicht gestalteter Sachzwang. Vielmehr handelt es sich um einen tiefgreifenden ökonomischen, aber auch politischen und kulturellen Strukturwandel. Die kapitalistische Globalisierung ist politisch durchgesetzt worden.

Die Staaten waren dementsprechend nach 1945 keine Gegengewichte zum Kapital, sondern eine spezifische und erkämpfte Institutionalisierung von Kompromissen zwischen Kapital und Arbeit. Sie hatten mehr oder weniger sozialstaatliche Elemente, aber sie waren kapitalistische Staaten, die im globalen Standortwettbewerb die eigenen Unternehmen und damit auch die dort Beschäftigten förderten. Und eben diese Kompromisse wurden in den letzten Jahrzehnten von oben gekündigt. Neoliberalismus ist im Kern eine Absenkung der Kompromissbereitschaft der VermögensbesitzerInnen. Globalisierung ist ein Klassenprojekt, das für eine gewisse Zeit einen mehr oder weniger großen Teil der Mittelschichten „mitnahm“ und sie nun auch hier einen wachsenden Teil in den sozialen Abstieg zu drängen droht. Dies

sehen wir auch in der aktuellen Krise und den dominanten Krisenpolitiken, die ja zuvorderst eben die Interessen der Vermögenden absichern und erst dann der verschuldeten ImmobilienbesitzerInnen oder der Menschen ohne Loharbeit.

Dass die globalisierte Ökonomie eine Art sich selbstlaufender Prozess sei, der nun von der Politik „reguliert“ werden müsse, gehört zu einem der Globalisierungsmythen. Ausgeblendet wird: Internationale Politik findet ja statt, aber eben unter marktliberalen Vorzeichen.

Daher bezeichne ich gemeinsam mit anderen die aktuelle Transformation des Staates hin zu einem „nationalen Wettbewerbsstaat“ (Joachim Hirsch) und als Internationalisierung des Staates. Politik internationalisiert sich – Stichworte hier sind die EU oder die WTO -, aber in marktradikaler Ausrichtung und als Absicherung der Interessen der Vermögensbesitzer – und weit weniger der Lohnabhängigen.

Der Staat ist in der aktuellen Krise nicht „zurück“, wie vielfach behauptet wird. Er war nie weg. Doch er sollte sich um bestimmte gesellschaftliche Angelegenheiten kümmern - und um andere nicht. Er sollte nicht so genau hinsehen, was die Folgen der Privatisierung waren; nicht so genau nachfragen, was für Finanzprodukte da entstanden. In der aktuellen Krise ist es aber im Interesse der Vermögensbesitzer, dass er wieder mehr Aufgaben übernimmt; insbesondere die Verluste zu sozialisieren.

Ich unterschätze damit nicht die Macht von Unternehmen und Investoren über konkrete Standorte und die verallgemeinerte Standortkonkurrenz. Und diese muss natürlich durch Politiken auf allen Ebenen eingehegt werden. Es ist aber eine Frage gesellschaftlicher Kämpfe, auf welcher Ebene Kapitalgruppen und andere mächtige Akteure agieren und wo entsprechend Politik betrieben wird.

Insofern ist die Empfehlung an die Sozialdemokratie auf die Ebene der transnationalen Politik zu wechseln und dort eine „globale Balance zwischen Ökonomie und Politik“ (Pelinka) herzustellen, weil im Nationalstaat die rechtsextremen Kräfte ohnehin die Oberhand hätten, zu kurz gegriffen.

Natürlich müssen progressive soziale und politische Kräfte sich internationalisieren und insbesondere europäisieren. In ihrer gegenwärtigen und die durch den Lissabon-Vertrag gefestigten Verfasstheit ist es jedoch außerordentlich schwierig, über die EU progressive Politik zu betreiben. Gleichzeitig bleibt der Nationalstaat eine wichtige Ebene, um soziale, demokratische und ökologische Anliegen zu fördern.

Ein anderer Aspekt der Strukturveränderungen scheint mir zentral: Auch wenn es immer wieder dementiert oder schlicht ignoriert wird: Soziale Herrschaft konstituiert sich weiterhin ganz wesentlich über die gesellschaftliche Arbeitsteilung. Über eine Arbeitsteilung zwischen Lohnabhängigen einerseits und Kapital- und Vermögensbesitzern andererseits, über geschlechtsspezifisch und ethnisch strukturierte Arbeit, über Formen regionaler und internationaler Arbeitsteilung. Frauen und MigrantInnen werden dabei tendenziell schlechter bezahlt und haben weniger soziale Aufstiegsmöglichkeiten. Historisch war die ArbeiterInnenbewegung und damit auch die Sozialdemokratie dadurch gekennzeichnet, dass sie im und gegen das Lohnverhältnis kämpfte. Also um eine Verbesserung des Lohnarbeitsverhältnisses, aber auch um seine Zurückdrängung oder gar Aufhebung. Doch im Zeitverlauf wurde die Lohnarbeit für sozialdemokratische und auch gewerkschaftliche immer zentraler im Verhältnis zu anderen Arbeitsformen. In dieser Frage möchte ich folgenden Punkt hervorheben: Eine Politik, welche die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen verbessern will, kann sich zum Beginn des 20. Jahrhundert nicht mehr am Modell des männlichen Familienernährers und seiner Familie als Hauptklientel orientieren. Das ist in den letzten Jahrzehnten vielfach analysiert und diskutiert worden und dennoch spielt es politisch kaum eine Rolle.

Schließlich: Die genannten Strukturveränderungen gehen einher mit einem „Umkehrschub demokratischer Dynamik“, wie das meine Kollegin Eva Kreisky treffen genannt hat. Colin Crouch, ehemaliger Berater des früheren britischen Premierministers Tony Blair, hat die inzwischen prominente These der Post-Demokratie entwickelt. Staatliche und Parteipolitik entwickle sich immer mehr in einem Modus, in dem Sachzwänge vollzogen würden, und weshalb es nicht um gesellschaftspolitische Alternative gehe. Ich komme darauf noch zurück.

2.

Wie hat sich in den letzten Jahren die westeuropäische Sozialdemokratie entwickelt?

Es kam in den letzten Jahren europaweit zu einer zentralen Umorientierung hin zu einer „Marktsozialdemokratie“ (Oliver Nachtwey). Sie akzeptierte und förderte den Umbau des Sozialstaates hin zu einer Ökonomisierung und Vermarktlichung der Sozialpolitik, betrieb tendenziell eine Politik für die gesellschaftlich Starken und deutete den Gerechtigkeitsbegriff um hin zu einem von Leistungsgerechtigkeit. Der Politikwissenschaftler Stephan Lessenich spricht in diesem Zusammenhang von einer „Neuerfindung des Sozialen“: Sozial ist nicht mehr, was die oder den Einzelnen in die Lage versetzt, sich ihren/seinen Interessen und Fähigkeiten gemäß zu entwickeln, sozial ist vielmehr, was im Interesse der Allgemeinheit geschieht, wobei „Allgemeinheit“ meist ökonomisch als Wirtschaftsstandort o.ä. definiert wird.

Matthias Machnig und Karsten Rudolph, ersterer ist aktuell der Wirtschafts- und Arbeitsminister Thüringens, letzterer Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen, haben im vergangenen Dezember in einer Analyse der deutschen SPD dargelegt, wie das Projekt der Neuen Mitte gescheitert ist (in Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2009).

Die „haltlose Orientierung an der Neuen Mitte“ und die Unfähigkeit bzw. der Unwille, gegen den Marktradikalismus zu mobilisieren, führte zu einer Schwächung sozialdemokratischer Parteien und in Deutschland bekanntlich zur Gründung der Linkspartei.

Bei dieser kurzen Diagnose möchte ich es bewenden lassen, da hier nicht über den Zustand der europäischen und speziell der österreichischen Sozialdemokratie lamentiert werden soll, sondern Möglichkeiten sozialer, demokratischer und ökologischer Gestaltung erörtert werden.

3.

Was wären also nun im Lichte der historischen Umbrüche, der Umorientierung des sozialdemokratischen Feldes und insbesondere angesichts der multiplen Krise Anforderungen an eine soziale, demokratische und ökologische Politik?

Wir benötigen zum einen ein anderes Verständnis von Kapitalismus. Ich möchte nicht von den Einsichten der Kritik der politischen Ökonomie abrücken, derzufolge Warenförmigkeit und Konkurrenzprinzip, Profitorientierung und spezifische Formen der Mehrwertaneignung, die Ausbeutung von Arbeitskraft und Natur sowie entsprechender staatlicher Politiken zentral sind für gesellschaftliche Dynamiken – und für viele Probleme verantwortlich.

Es ist jedoch immer umkämpft, in welchen Bereichen die kapitalistische Logik wirkt. Wir erleben das in den letzten Jahren am menschlichen Körper selbst, der von einem mächtigen medizinisch-industriellen Komplex den Profitprinzipien unterworfen wird. Und eine wichtige historische Erfahrung der Sozialdemokratie besteht darin, Bereiche aufzubauen oder zu schützen, die eben anders organisiert sind. Die neoliberale Konterrevolution hatte es insbesondere auf diese Sphären abgesehen. Das Öffentliche wurde madig gemacht, das kapitalistisch organisierte Private zur Lösung aller Probleme stilisiert.

Für eine soziale, demokratische und ökologische Perspektive sollte die Einsicht vertieft werden, dass Kapitalismus nicht alles ist. Was wir zum Leben benötigen, und insbesondere für ein gutes Leben, wird nicht alles in der kapitalistischen Ökonomie produziert. Wir werden als Kinder und Alte oder als Kranke gepflegt, wir verrichten im Alltag viele Tätigkeiten und haben viele Beziehungen, die nicht kapitalistisch organisiert sind.

Die Sozialdemokratie ist zwar ein Kind des industriellen Kapitalismus. Doch von dieser engen Bindung muss sie sich emanzipieren. Damit meine ich nicht, dass wir nun in der post-materiellen Wissensgesellschaft angekommen seien und die SPÖ sich noch stärker auf die „modernen“ Dienstleistungsschichten konzentrieren sollte. Wir werden eine Industriegesellschaft bleiben, auch wenn immer mehr Produkte in anderen Ländern hergestellt werden.

Wenn die enge Bindung an den industriellen Kapitalismus problematisch geworden ist, dann meine ich damit, dass die SD und insbesondere die aktuelle SD immer noch sehr auf den Bereich der formellen Produktion fixiert ist. Als wenn nur dort gesellschaftlicher Wohlstand geschaffen werden würde. Andere Formen gesellschaftlicher Arbeit werden weniger berücksichtigt und damit abgewertet. Wenn diese aber berücksichtigt werden, und zwar nicht in einem konservativen Familienmodell, dann öffnen sich große Ideen- und Handlungsspielräume. Notwendig ist nichts anderes als ein neuer Arbeitsbegriff.

Als jemand, der noch relativ neu in Österreich ist, fällt die geringe gesellschaftliche Definitionsmacht des sozialdemokratischen Feldes auf. Inwieweit das mit fehlender Definitionswilligkeit und entsprechender innerparteilicher Kreativität oder aber mit den Medien zu tun hat, kann ich nicht beurteilen. Ich gehe aber davon aus, dass die grundsätzliche Bereitschaft besteht, gesellschaftlich orientierend und gestaltend zu wirken. In diesem Sinne möchte ich nachfolgend einige Diskussionsanregungen geben.

Ich halte es für ganz essentiell, das sich progressive Politik aus dem Modus der Post-Demokratie oder Post-Politik vermeintlicher Sachzwänge hinaus begibt.

Roland Atzmüller wies in einer Analyse der SPÖ in der Zeitschrift „Kurswechsel“ (3/2009) auf eine meines Erachtens wichtige historische Erfahrung hin. Die SPÖ und die politische Linke insgesamt, so Atzmüller, seien auch deshalb schwach, weil es an demokratischen Mobilisierungen und sozialen Bewegungen fehle. Umgekehrt sei eine gesellschaftliche und politische Linke immer stark, wenn es Räume gebe, um Probleme breit zu diskutieren, Alternativen zu entwickeln und Kräfteverhältnisse zu verschieben. Das ist ja die Erfahrung der historischen Sozialdemokratie. Dieser Bezug ist schwächer geworden.

Um demokratische Mobilisierungen zu ermöglichen, bedarf es zunächst eines deutlich breiteren Politikverständnisses. Es dominiert immer noch eine Gleichsetzung von Politik mit Staat und Parteiensystem, die eingebettet sind in eine politische Öffentlichkeit und von der als putzig erachteten „Zivilgesellschaft“ gelegentlich kritisiert wird.

Mit einem solch engen, auf Staat und Parteien fokussierenden Politikbegriff werden aber viele kreative Dimensionen und Möglichkeiten gesellschaftlicher Mobilisierung schlicht übergangen. Und es wird eine Illusion genährt, dass der Staat für alle zentralen Fragen verantwortlich sei und sie auch effektiv bearbeiten könne. Der von Bruno Kreisky formulierte Anspruch auf eine „Durchflutung der Gesellschaft mit mehr Demokratie“ wird mit solch einem engen parteien- und staatszentrierten Politikverständnis unterlaufen. Notwendig ist meines Erachtens ein breites Verständnis, um dieses gegen die Entwicklung der Post-Demokratie und der vermeintlichen Sachzwanglogik wieder zu stärken.

Gewappnet mit einem umfassenden Politikverständnis kann eine zweite Entwicklung ermöglicht werden: Progressive Kräfte im politischen wie im gesellschaftlichen Spektrum müssen Alternativen und klare Richtungsforderungen formulieren. Die müssen in der aktuellen Krise, das sagte ich eingangs, Vorstellungen von Gesellschaftsgestaltung jenseits der Krise haben. Sozialdemokratische Politik kann meines Erachtens nur verlieren wenn sie sich auf die Sachzwangpolitik einlässt. Das machen die Konservativen und Wirtschaftsliberalen allemal besser.

Der Wahlkampf und anschließende Wahlsieg von Barack Obama ist ein eindrucksvoller Beleg dessen, wie mobilisierend weit über eine Partei hinaus solche grundlegenden Forderungen sein können (ich übersehe damit nicht seine Probleme bei der Umsetzung). Solche Richtungsforderungen können eine

Reorganisierung des Finanzsektors und damit seine dramatische Schrumpfung oder eine sozial gerechte Besteuerung von Vermögen betreffen. Solche Forderungen sind aber nur glaubwürdig, wenn sie an die Bearbeitung zentraler Zukunftsfragen gebunden werden. Die aktuelle Engführung auf das Budgetdefizit ist das genaue Gegenteil.

Richtungsforderungen öffnen Denk- und Handlungsräume, implizieren Konflikte, ermöglichen die Verschiebung sozialer Kräfteverhältnisse, die Veränderung von Institutionen und eröffnen die Perspektive auf neue, progressive gesellschaftliche und politische Bündnisse.

Dafür bedarf es aber des Mutes, das Akzeptieren unkonventioneller Vorschläge, leidenschaftlicher und aufrichtiger Streit um eine bessere Gesellschaft auf der Höhe der Zeit, und das heißt: auf der Höhe der weltgesellschaftlichen Verhältnisse.

Und, wie gesagt, emanzipatorische Politik unter kapitalistischen Bedingungen bedarf der gesellschaftlichen Mobilisierung. Damit meine ich nicht oder nicht nur Demonstrationen und öffentlicher Kundgebungen, sondern die Eigeninitiative von Menschen.

Von den studentischen Protesten der letzten Monate können wir lernen, dass es durchaus möglich ist, im gesellschaftlichen Raum über zentrale Probleme ernsthaft und auf hohem Niveau zu diskutieren, unterschiedliche Interessen offen zu legen, Vorschläge zu verhandeln, die Unwilligkeit staatlicher Politik aufzuzeigen.

Die von Studierenden initiierten hochschulpolitischen Auseinandersetzungen zeigen aber auch, dass der Definitionsmacht der rechtsextremen Kräfte durchaus etwas entgegen zu setzen ist, wenn Vorschläge überzeugend vorgetragen werden. Kämpfe um Deutungshoheit, das können wir lernen, sind in der aktuellen Krise gar nicht so schwierig. Sie können aber nicht nur von Parteizentralen und über die Medien geführt werden.

4.

Progressive Politik, die mobilisierend, initiativ und verändernd wirkt, muss sich der Potenziale, aber auch der Probleme bewusst sein. Ich möchte das abschließend an drei Feldern verdeutlichen: an sozial-ökologischer Politik, an Hochschul- und Bildungspolitik sowie abschließend an Arbeitspolitik.

Das Feld der sozial-ökologischen Krise ist sicherlich eines der schwierigsten für sozialdemokratische Politik. Die derzeit von Finanzminister Pröll forcierte Diskussion um Öko-Steuern wird skeptisch gesehen, da solche Steuern vor allem jene mit geringeren Einkommen belasten würden. Das ist richtig, wenn eine solche Steuer nicht sorgfältig eingeführt und flankiert wird. Es spricht auch einiges für die Vermutung, dass die Ökosteuern aktuell eher der Finanzierung des Budgets dienen soll. Denn die andere Seite der Medaille, die Entlastung der Sozialabgaben, spielt in den ÖVP-Vorschlägen eine weit geringere Rolle.

Und dennoch kommen wir nicht um die Einsicht herum, dass unsere Produktions- und Lebensweise sehr grundlegend umgebaut werden muss. Wenn dies nicht auf sozial polarisierende und autoritäre Art und Weise geschehen soll, benötigen wir ganz dringend eine Diskussion darum, was sozial-ökologische Transformation konkret bedeutet. Das sozialdemokratische Feld in Österreich müsste sich diesem Thema erst einmal öffnen, die vielen vorhandenen Vorschläge rezipieren und in programmatische wie politische Ansätze gießen. Nach knapp drei Jahren in Österreich bin ich immer wieder beeindruckt, wie beharrlich sozial-ökologische Fragen ausgeblendet werden. Dabei gibt es eine große Chance: Ökologische Fragen sind soziale Fragen, sind solche von Lebensqualität und damit Zugang zu guten Lebensmitteln und Wohnraum, zu öffentlichem Transport und insgesamt von lebenswerten Städten. Ich gehe in meiner abschließenden Überlegung noch mal auf diesen Aspekt ein.

Nicht nur aus gegebenem Anlass und nicht nur, weil ich in diesem Bereich selbst tätig bin, möchte ich kurz die Hochschul- und Bildungspolitik als wichtiges Feld benennen. Es liegt auf der Hand, dass es sich hier um eines der zentralen Felder der Durchsetzung gesellschaftlicher Teilhabe und Gerechtigkeit geht und dass daher traditionell sozialdemokratische Politik dieses Feld als zentral erachtete. Das Schlagwort

vom „lebenslangen Lernen“ wäre eigentlich ein Kerngebiet sozialdemokratischer Gesellschaftsgestaltung. Hier wird zentral über Mündigkeit oder autoritäre Verhältnisse entschieden, über Handlungskompetenz oder Konformismus. Das gilt umso mehr in einem Land wie Österreich mit einem sehr konservativen, d.h. wenig soziale Durchlässigkeit ermöglichenden Bildungssystem. Bildungsfragen sind Richtungsfragen. Das zeigt sich immer wieder in der Schuldiskussion. Doch es geht über die Schulformen hinaus auch um

An den Hochschulen hat eine soziale und demokratische Politik mit progressiven Ansätzen eine ganze Generation von jungen Menschen in einer entscheidenden Lebensphase zu gewinnen. Hier können die drängenden Probleme benannt und verstanden werden, Lösungsvorschläge sich entwickeln. Die kleinmütige Finanzierungsdiskussion, und unter dem Druck der erzeugten schlechten Studienbedingungen dann die Zugangsdiskussion, steht in keinem Verhältnis zur gesellschaftlichen Bedeutung eines offenen Hochschulzugangs und einer guten Ausfinanzierung. Wenn wir das Diktum von Bruno Kreisky ernst nehmen, dass Gesellschaft in allen Bereichen von mehr Demokratie durchflutet werden sollte, dann gilt das auch und gerade für den Hochschulbereich.

Ich möchte ganz zum Schluss eine Initiative benennen, in der m.E. viele der angesprochenen Dimensionen zusammengeführt werden können und ein soziales, demokratisches und ökologisches Projekt sich in konkreten Richtungsforderungen verdichten könnten. Es handelt sich um eine deutliche Verkürzung der Lohnarbeitszeit. Nun wird bei vielen von Ihnen sofort gedanklich aufblinken „mit oder ohne Lohnausgleich?“. Das ist eine wichtige Frage, die eben Teil der Diskussion und dann natürlich auch von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist. Eine solche Diskussion scheint mir aus folgenden Gründen lohnenswert. Der enorme Druck auf die Lohnarbeitsverhältnisse wie auch auf unbezahlte Arbeit (insbesondere auf die Sorgearbeit) wird als Teil der Krisenbearbeitung eher zunehmen. Die Forderung und eine breite Diskussion von Verkürzung der Lohnarbeitszeit könnte gleich mehrere Krisendimensionen politisieren: Sie wäre ein geeigneter Mechanismus gegen Arbeitslosigkeit und ein Mechanismus des Ausgleichs. Es könnten mit konkreten Vorschlägen Kapital- und Eigentumsmacht hinterfragt werden. Darüber hinaus könnten die herrschenden Formen der Arbeitsteilung zwischen Lohnarbeit und anderer Arbeit, die für die patriarchalen Geschlechterverhältnisse aber auch ethnisierte Dominanzverhältnisse konstitutiv sind, verändert werden. Und schließlich würde eine der Komplexität der Arbeitsverhältnisse angemessene Forderung nach Arbeitszeitverkürzung die Orientierungen an Produktivismus und Konsumismus aufweichen, also im Feld der sozial-ökologischen Transformation einen wichtigen Beitrag leisten.

Die feministische Philosophin Frigga Haug hat vor einigen Jahren eine „Vier-in-einem“-Perspektive vorgeschlagen. Arbeit könnte neu gedacht werden, indem neben vier Stunden täglicher Erwerbsarbeit auch noch vier Stunden Familienarbeit einkalkuliert werden. Dann bleiben vier Stunden für gesellschaftliche Gestaltung und schließlich vier Stunden für die eigene Entwicklung. Das sollte nun nicht als enge Kalkulation missverstanden werden, sondern vor dem Hintergrund unterschiedlicher Lebenslagen und Bedürfnisse als sehr weitreichender und kreativer Vorschlag, gesellschaftliches Zusammenleben und Gestaltung ganz anders zu denken.

Nichts anderes benötigen wir in der multiplen Krise und im Horizont dringend notwendiger sozialer, demokratischer und ökologischer Gestaltung.

Franz Vranitzky

Lieber Herr Professor, vielen Dank für den Vortrag und für die im Großen und Ganzen einigermaßen herausfordernden Thesen. Sie haben ja schon während Ihres Vortrags bemerkt, auf welch breites Echo Ihre Ausführungen gestoßen sind. Ich werde das so machen, dass ich Sie einlade, das eine oder andere Thema mit mir zu besprechen, aber dass wir das unter möglichst guter Einbeziehung unseres Publikums, unserer Zuhörer machen. Da fange ich gleich an und gehe mit einer aus meiner Sicht ziemlich komplexen Frage auf Sie zu.

Sie haben betont die Notwendigkeit und Wichtigkeit des Funktionierens des Nationalstaats. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist aber die, dass wir gerade im europäischen Integrationsprozess ja immer wiederum beklagen, dass wir immer noch zu viel Nationalstaat haben und zu wenig europäische Gemeinsamkeit. Und das wiederum wird oft als Begründung dafür angeführt, dass die europäischen Menschen sich mit dem Integrationsprojekt wenig anfreunden können, wenig bekannt machen wollen, weil ihnen doch die ungeliebten heimischen Regierungen immer noch lieber sind als die europäischen Kommissionsleute oder sonst irgendwer. Sie sagten, dass die rechte Seite, also die Neoliberalen aber auch die Rechtsaußenleute unter Umständen Rückenwind bekämen, wenn wir zu sehr auf das europäische Entscheidungspotenzial zurückgreifen. Und da möchte ich mich nicht, und die Zuhörer auch nicht, verlieren in einem Labyrinth. Sie wissen, Österreich ist ein Labyrinth, in dem sich jeder auskennt. Aber das habe ich jetzt nicht gemeint. Sondern was meinen Sie, sollten wir nun eigentlich wirklich tun oder woran sollten wir glauben? Sie haben einmal den Schumpeterschen Begriff der Elitenrotation verwendet. Die Elitenrotation wird ja wiederum dazu führen, dass die notwendigerweise breit angelegte Demokratie und Demokratisierung (Lohnabhängige und ihre Vertreter) dadurch inhibiert wird. Wenn Sie wollen, fangen wir einmal damit an.

Ulrich Brand

Das sind gleich die ganz großen Fragen. Meine Einschätzung wäre, dass es gar nicht um ein Nullsummenspiel geht, Nationalstaat, Österreich und EU, sondern was sind denn die konkreten Inhalte von Politik und was wird mit den Politiken verbunden. Ich denke, dass der europäische Integrationsprozess in Österreich eine wesentlich höhere Legitimität hätte, wenn Europa nicht marktradikal ausgerichtet wäre, nicht durchgreifen würde auf Lebensverhältnisse, sondern wenn, Stichwort Delors, ein soziales Europa auch Realität werden würde, also wenn aus Europa sozialstaatliche Dimensionen, Sicherheitsdimensionen gestaltet werden würden. Meine Einschätzung ist bisher, dass auf der europäischen Ebene so etwas wie Interessenvertretung für ArbeitnehmerInnen sehr symbolisch und sehr reduziert bleibt. Thorsten Schulten vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB in Düsseldorf hat das mal den symbolischen Eurokorporatismus genannt. Es gibt zwar in Brüssel ein europäisches Gewerkschaftsinstitut, es gibt bestimmte Institutionen. Aber sie sind nicht wirksam, sondern die Realität der Durchsetzung der EU ist weiterhin eine, die eher marktorientiert, marktradikal ist. Ein anderes Beispiel wäre die Energiekrise in einem Land wie Rumänien. Sie werden sich erinnern, dass dort Energie gefehlt hat, dass Menschen gefroren haben und dass es überhaupt keine Initiative gab aus Europa, den Menschen dort zu helfen. Es gab keine Umleitung von Energieströmen in einer dramatischen Lebenssituation, zu sagen, die EU ist jetzt dafür verantwortlich, Lebensverhältnisse konkret zu verbessern.

Das wäre meine Antwort. Nicht Nationalstaat und europäische Ebene als Nullsummenspiel. Natürlich geht es um Kompetenzabgabe und um Kompetenzgerangel, sondern was sind die konkreten Inhalte, und dass das europäische Projekt wesentlich mehr Unterstützung hätte, wenn die Kompetenzabgabe mit positiven Erfahrungen verbunden wäre.

Franz Vranitzky

Ich behaupte, dass ein anderer Webfehler der Europäischen Union existiert. Der besteht darin, dass man sagt die EU, so als wäre das eine Person oder eine Organisation wie eine juristische Person, wie eine Aktiengesellschaft. Aber das soll sie ja gar nicht sein. Sondern die Europäische Union ist ja in Wirklichkeit eine gemeinsame Operation der nationalen Regierungen, der Parlamentarier. Und in der Umsetzung sind die Kommissionsmitglieder vorhanden. Nur, wenn Staaten, wenn die Mitgliedsstaaten das politische Geschehen im Integrationswerk bestimmen sollen, dann müssen sie von einem abrücken, wo sie schon Jahrzehnte drinnen sind, nämlich eine Art politische klinische Reinheit der Europäischen Union inklusive der Sozialdemokraten. Ich habe immer wieder den Eindruck, wenn die nach Brüssel fahren oder nach Strassburg, dann geben sie am Flughafen Schwechat ihre politische Meinung ab, marschieren dorthin als Neutra und kommen dann zurück und verkünden irgendetwas - jetzt bleibe ich einmal bei uns -, was bei den sozialdemokratisch inspirierten oder interessierten Leuten schon allein

deshalb nicht ankommt, weil sie sich dort nicht vertreten fühlen, was der da erzählt. Das heißt also mit anderen Worten, wir haben zwar Wahlen zum Europaparlament, wo Sozialdemokraten, Konservative, Grüne kandidieren, wo aber nicht wirklich eine Überzeugung gereift ist über Jahre und Jahrzehnte, dass sie dort, wenn sie einen Sozialdemokraten ins Europäische Parlament wählen, wenn sie einen sozialdemokratischen Minister oder Regierungschef zu den Ratssitzungen schicken, dass dort auch sozialdemokratische Ideen vertreten werden. Und das ist offenbar unglaublich schwierig. Aber das ist kein österreichisches Thema, das ist überall so. Die Einzigen, die politische Thesen vertreten, sind die an den Vorbesprechungen teilnehmenden Oppositionspolitiker. Die wollen schon immer, dass ihre Leute dort ... Also langer Rede kurzer Sinn, ich meine, wenn Sie von einem progressiven Projekt sprechen - und ich bin voll bei Ihnen -, wir können jetzt in unserem Land Intellektuelle, Kunstschaffende, Universitätslehrer für die Sozialdemokratie wenig begeistern, weil wir nicht den Eindruck erwecken, wir sind ein progressives Projekt, sondern wir sind offensichtlich irgendwelche Platzhalter oder Transporteure von Traditionen, Transporteure von früher errungenen Erfolgen etc., mit denen man aber im 21. Jahrhundert nichts mehr reißt. Und dann gehen wir gleich ins Publikum an dieser Stelle. Es würde mich schon interessieren, wie Sie das sehen, wenn Sie sagen ein progressives Projekt.

Sie haben dann noch etwas gesagt, wo ich sehr interessiert hängen geblieben bin und wo ich Ihnen auch recht gebe. Aber ich muss was dazu sagen, weil nur recht geben, ist ein bisschen wenig Salz. Nämlich was Sie gesagt haben über die Sachzwänge. Das ist ein fürchterliches Wort und ist auch ein fürchterlicher Druck, den die Politik sich aufzwingen, aufdrängen lässt. Was ist ein Sachzwang? Ein Sachzwang ist etwas passiv Hingenommenes, ohne Bemühungen zu unternehmen, eine eigene Idee oder eine eigene politische Absicht in die Diskussion einzubringen, die auch gegen den Sachzwang unter Umständen sprechen kann. Natürlich, wenn in Oberkärnten eine Mure heruntergeht und drei Dörfer verschüttet, ist ein Sachzwang, dass die Feuerwehr kommt und das wieder aufräumt. Aber es ist kein Sachzwang zu sagen, wir brauchen eine Ökologisierung unseres Steuerwesens, wenn wir nicht gleichzeitig dazu sagen, verstehen wir Steuerpolitik als Lenkungs politik, als Umverteilungspolitik, als Politik, die soziale Gerechtigkeit herbeiführen soll, oder verstehen wir Steuerpolitik als ein Fundraising, wo Gelder fürs Budget auf die Beine gestellt werden müssen.

Ulrich Brand

Ich habe versucht, das klar zu machen. Progressive Politik gibt es nicht, sondern sie muss entwickelt werden mit Initiativen, mit Richtungsforderungen. Mein Punkt war, bei den Arbeitsverhältnissen dann zu sagen, sozialdemokratische Politik kann nicht nur die Kernbelegschaft beamtet oder in den sicheren Arbeitsverhältnissen repräsentieren, das soll sie weiterhin machen, sondern muss sich eben auch mit den neuen Arbeitsformen auseinandersetzen, mit Flexibilisierung, mit der Realität von MigrantInnen und dafür ein Repräsentationsangebot schaffen, was natürlich auch innerhalb eines sozialdemokratischen Projektes, das wissen ja viele im Raum besser als ich, sehr spannungsreich ist. Ich kenne die innerparteilichen Verhältnisse der SPÖ zu wenig. Ich stelle mir das so vor, welche Akteure, welche Kräfte ein bestimmtes Projekt fördern und wie werden dann Auseinandersetzungen auch mit den Gewerkschaften beispielsweise geführt, wenn es um ökologische Politik geht, aus Deutschland kenne ich das besser, wo dann Gewerkschaften auch blocken, wo die IG Metall ja auch in den 1980er Jahren relativ stark war in ökologischer Politik und das dann abgebrochen ist in den 1990er Jahren. Wie werden Forderungen, Richtungsforderungen, Inhalte aufgestellt und dann zu Politik?

Der zweite Punkt mit den Sachzwängen. Das ist natürlich ganz entscheidend, was ist wirklich ein Sachzwang und was sind produzierte Sachzwänge, mit denen bestimmte Interessen durchgesetzt werden. Das ist die Frage, die wir analytisch und politisch immer wieder verhandeln müssen. Ist es ein Sachzwang, dass die Finanzmärkte liberalisiert werden? Ist das zum Sachzwang geworden - das ist ja grade ein großes Thema - oder gibt es Möglichkeiten, sie wieder zu regulieren? Vor drei Jahren hätten wir gesagt keine Chance. Und jetzt gibt es eine Krisenerfahrung. Jetzt gibt es starke Akteure, es gibt soziale Bewegungen wie Attac und andere, die sagen und das vorbereitet haben, wir müssen gegen die Sachzwänge vorgehen.

Franz Vranitzky

Und haben wieder keine Chance.

Ulrich Brand

Mal sehen. Ich hatte vor einigen Monaten den Leiter der Grundsatzabteilung der deutschen IG Metall eingeladen, die dran arbeiten, wie kann in der IG Metall nun diese ganz starke Orientierung auf Automobil, auf Maschinenbau umgelagert werden. Also wenn wir akzeptieren, der automobiler Sektor ist Teil des ökologischen Problems. Trotzdem wollen wir jetzt nicht einfach nur sagen Schluss damit, sondern wir brauchen einen Umbau, wir brauchen eine Konversion der Automobilindustrie. Wir müssen eine Mobilität in unserer Gesellschaft anders herstellen. Wer sagt jetzt Sachzwang? Sachzwang ist, wir müssen unseren industriellen Kern, Automobilindustrie und andere Industrien erhalten, um wettbewerbsfähig zu bleiben, es gibt keine Alternative. Oder wo gibt es jetzt eine gesellschaftliche Stimmung in der Sozialdemokratie mit anderen Kräften, die sagen, hoppla, wir haben so ein zentrales Problem, nämlich die ökologische Krise, dass wir über andere Formen der Mobilität nachdenken müssen und die Sektoren nicht zynisch einfach zumachen sondern als Transformationsprozess, wie geschehen Konversionen. So würde ich mir Richtungsforderungen vorstellen und so würde ich sagen, kann man Sachzwänge unterlaufen.

Franz Vranitzky

Wir gehen ins Publikum.

Frage

Karin Rietenauer. Herr Dr. Vranitzky, Sie haben sehr bezweifelt, wie weit die Worte des Herrn Professor für die EU Gültigkeit haben und unsere Politiker nicht im Sinne des Nationalstaats dort agieren, sondern EU Politik machen. Aber es wundert mich überhaupt nicht. Die EU schreibt im Lissabon Vertrag neoliberale Politik vor. Das heißt Geldflüsse unter wenig Einbeziehung von Arbeit. Das heißt, Arbeitskosten niedrig halten. Wie vorher schon gesagt wurde, unsere Politiker oder die sozialdemokratischen Politiker richten sich ganz einfach danach. Jetzt durch den Ausbruch der Krise sind sie ein bisschen wieder wach geworden und wie kommen wir zurück zur Sozialdemokratie? Das ist unser Problem in der Partei. Vielleicht finden wir ja einen Weg. Ich habe Sie erlebt auf der Burg Schlaining, Herr Professor, da haben Sie mir schon unglaublich imponiert mit Ihren Worten zu den internationalen Problemen. Also ich hoffe, Sie bleiben in Wien und halten solche Vorträge.

Frage

Was machen wir mit den harten Problemen? Ich sage Ihnen folgende Beispiele. Ich habe in Deutschland die Arbeitslosen wahrgenommen bei einem Stand von 700.000. Dann sind wir gekommen auf fünf Millionen. Ich habe aber gleichzeitig nicht nur gelesen, die Arbeitslosigkeit war im deutschen Volk, dessen großer Denker Friedrich Nietzsche die Worte geschrieben hat, "Ein Beruf ist das Rückgrat des Lebens." kein Thema. Sie können sich in die Bibliothek setzen und hinaufblättern mindestens vor 1970. Das ist das erste Problem. Meine heiß geliebten Franzosen, was haben die mit diesem wahnsinnigen Banlieu-Problem gehabt, war kein Thema. Zuletzt noch die Boni. Ist es so verrückt sich zu fragen, verdammt noch einmal, warum haben sich denn die Wirtschaftswissenschaftler eigentlich nie interessiert dafür, wie viel die Vorstandsleute gewinnen. Und dann, wenn sie dort auf die harten Fakten gekracht wären, dass man das dann mobilisiert hätte. Und das letzte ist, wann reden wir einmal über die Grünen als scheinbar neuer Anfang, die aber geworden sind eine Demokratieschädigungspartei. Ich habe das im Standard publiziert unter dem Titel "Die Fragen der Republik und die grünen Fakten". Warum ist es so wahnsinnig schwierig, für die intellektuelle Community die harten Fakten auf den Tisch zu legen und dann über die harten Fakten zu reden.

Frage

Herr Professor, Sie haben das ausgesprochen Kampf um die Deutungshoheit. Ich halte das für ein Schlüsselwort. Wir sollten als Sozialdemokraten wirklich viel stärker in der Bevölkerung, in der Öffentlichkeit, in unserer Arbeit klar machen, woher kommen die Probleme. Es ist immer noch nicht gerne gesehen, weil es eben eine Marktsozialdemokratie ist. Es wird noch gerne gesehen, wenn man sagt, das sind die Folgen eines Systems, das sich Kapitalismus nennt, und wo also die Politik die Gestaltungskraft verloren hat, abgegeben hat. Wir sollten deuten können und der Bevölkerung klar machen können, wo die Probleme liegen, wie Sie sie benannt haben, und dass, wenn nicht dieses Bewusstsein geschaffen wird, dann können wir auch die Politik nicht ändern. Wir müssen also aufklären und wir dürfen uns keine Sorgen machen, dass man uns irgendwelche Vorwürfe macht. Ganz klar.

Ulrich Brand

Die Frage von Arbeitslosigkeit oder was Sie als harte Probleme bezeichnet haben. Ich habe mich da mit meiner SchlussThese ein bisschen drauf versucht zu kaprizieren, indem ich sage, wir müssen anerkennen, in den Strukturveränderungen der letzten Jahre gibt es strukturell eine hohe Arbeitslosigkeit. Und wir müssten viel mutiger über Arbeitszeitverkürzung nachdenken, die aber nicht nur technisch durchgesetzt wird, sondern unter auch ausdifferenzierten Lebensverhältnissen an die verschiedenen Lebensverhältnisse andockt. Dieses vier-in-einem-Modell von Haugg ist sehr weit gedacht. Aber es gibt auch andere Möglichkeiten.

Ein zweites Problem, das ich sehe bei den harten Problemen, ist, wir leben ja in einem immer noch wohlständigen Land oder auch wohlständigen Westeuropa. Dass es sowas wie Klassenkompromiss es ja immer noch gibt, es gibt immer noch Bündnisse, die Wettbewerbsfähigkeit herstellen, die den Standort Österreich, Wien, irgendwie auch funktionieren lassen. Von vielen Menschen, nicht von allen, ist weiterhin die Erfahrung, irgendwie ist das Modell, so wie es angelegt ist mit Flexibilisierung, auch noch gangbar. Es gibt einen passiven Konsens bei allem Grummeln, irgendwie sind wir da noch Bestandteil. Für eine soziale, demokratische und ökologische Politik ist dann die Frage, wie docken wir daran an und was sind die progressiven Handlungsmöglichkeiten in so einer Konstellation, wenn wir sie teilen, dass wir immer noch sagen, ein großer Teil dieser Bevölkerung denkt immer noch, sie partizipieren daran, sie schauen nach Ungarn und da geht es den Leuten viel schlechter, und was bedeutet es für progressive Politik.

Ein dritter Punkt, den ich Sie oder auch ins Publikum nochmal fragen möchte. Stimmt denn für Österreich die These der Marktsozialdemokratie oder gab es vielleicht auch Auseinandersetzungen, die das ein Stück weit unterbunden haben? Gab es gar nicht den Schröderschen oder Blair'schen Drive? Das wäre ja ganz wichtig nochmal, um zu einer Einschätzung zu kommen.

Frage

Es gab einmal in der Parteizentrale der SPÖ ein großes Plakat im Stil von Marx-Engels-Stalin Blair-Schröder-Klima, also ein drei Stock hohes Transparentplakat, nur um das plakativ zu beantworten.

Franz Vranitzky

Ich sage ein Beispiel gerade zu diesem Thema der vom Professor so genannten Marktsozialdemokratie. Marktsozialdemokratie akzeptiert und fördert den Umbau des Sozialstaats hin zu einer Vermarktlichung der Sozialpolitik und deutet den Gerechtigkeitsbegriff um hin zu einem Begriff Leistungsgerechtigkeit. Der amerikanische Autor Tony Judt hat vor nicht allzu langer Zeit in der Hamburger Zeit einen Artikel veröffentlicht, wo er genau seinen Finger auf die Wunde gelegt hat, was soll die Sozialdemokratie eigentlich in einer Zeit, in der sie Zuspruch einbüßt, tun. Seine Kernantwort war, die soziale Verantwortung weiterhin wahrzunehmen. Ich würde mich da hundertprozentig dazu bekennen, wobei Sozialpolitik viel mehr ist als die Sicherung der Pensionen und ein Spitalsbett jederzeit verfügbar zu haben. Sozialpolitik ist in Wirklichkeit der Ausgleich der Interessen und der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft.

Jetzt zur Frage, ist das fortgeschritten? Ich würde meinen sehr wenig und sage als Beispiel Folgendes. Es ist vor zehn Jahren in Österreich unglaublich propagiert worden die so genannte dritte Säule. Die dritte Säule hat geheißen, verlasse dich nicht auf den Staat, sondern schau, dass du dich selber versichern kannst, so gut das geht etc. Und da haben sehr viele Leute zusätzlich zu ihrem gesetzlichen Pensionsanspruch sich bei so genannten Pensionskassen zusätzlich engagiert, indem sie einzahlen usw. Was tun diese Pensionskassen? Diese Pensionskassen verlangen das von den Versicherten eingezahlte Geld und versprechen, daraus Renten und Pensionen zu bezahlen. Wenn aber, wie in der Krise geschehen, die Kurse der Aktien, in denen sie das Geld ihrer Versicherten veranlagt haben, sinken, dann haben viele Versicherte zur Kenntnis nehmen müssen, dass sie viel weniger Pension aus diesem System herauskriegen. Ich glaube, dass das vielleicht noch nicht der Todesstoß, aber eine sehr, sehr starke Infragestellung dieses Systems war, und glaube nicht, dass die Sozialdemokratie in der Bundesregierung irgendwie einem weiteren Ausbau dieser Marktsozialpolitik etc. zustimmen würde.

Jetzt komme ich zum Lissabon Vertrag. Natürlich ist der Lissabon Vertrag ein verpflichtendes Vertragswerk, keine Frage. Aber jetzt im Spannungsfeld zwischen nationalstaatlicher Politik und gemeinsamer europäischer Politik ist keine Regierung der ganzen EU daran gehindert, Sozialpolitik, Beschäftigungspolitik, Wachstumspolitik etc. nach ihrem eigenen Design zu machen. Das ist nicht ein Korsett, das irgendeinen Bundeskanzler, Finanzminister etc. so angelegt oder umgehängt wird, dass er sich nicht mehr bewegen und nicht mehr rühren kann.

Das Dritte und Letzte, was ich noch sagen wollte zu den Beiträgen ist Folgendes. Ich bin weder emotional noch ex offio ein Verteidiger der Grünen. Aber ich würde ihnen wirklich nicht das Prädikat Demokratie schädigend umhängen. Vielleicht setzt sich die eine oder andere Braune ein grünes Kappl auf, da kann man nichts dagegen tun. Aber die Grünen als politische Formation sind nicht Demokratie schädigend. Oder habe ich Sie missverstanden?

Frage

Bleiben wir in Österreich. Wir hatten keine 68er Bewegung. Wir haben aber von 1978 bis 1986 eine fantastische außerparlamentarische Opposition gehabt. Und dann ist aus dieser Opposition heraus - Zwentendorf und Hainburg -, überall ist diskutiert worden. Dann hat man aus dieser Bewegung die Grünen gemacht. Und was ist denn rausgekommen? Neue Demokratie, direkte Basisdemokratie, Mandatsrotation. Und da geht Voggenhuber her und beschreibt in einem Kommentar, der vom *profil* veröffentlicht wurde, eine unfassbare Hasstirade auf seine Kritiker vom Bundeskongress und zwei Monate später nennt er seine grüne Parteikollegin ... in aller Öffentlichkeit.

Franz Vranitzky

Wir haben uns vorgenommen, über die Sozialdemokratie zu diskutieren und nicht über die Grünen.

Frage

Ich möchte nur ganz kurz auf einen entscheidenden Irrtum hinweisen der spezifisch österreichischen EU Diskussion. Ich habe in einem Beitrag, der in den Vereinigten Staaten publiziert worden ist, darauf hingewiesen, wir bräuchten in Europa zwei Parlament, ein bevölkerungsgewichtetes Europaparlament, das in etwa dem entspricht, was das EP heute ist, und einen staatengewichteten europäischen Senat, der den Rat ersatzlos ersetzt. Ich glaube, die Erfahrung von Bruno Kreisky zeigt doch auch, zu lernen aus den Erfahrungen Skandinaviens und der Entfaltungsmöglichkeit der skandinavischen Sozialdemokratien. Und da war halt einfach ein funktionierendes, normales parlamentarisches System eine wesentliche Startvoraussetzung dafür, um wirkliche Interessen einzubringen, die Schweden und Norwegen und die skandinavischen Länder zu dem gemacht haben, was sie heute sind. Ich glaube, dass wir einfach bei der Diskussion des Lissabon Vertrages, auf der akademischen Ebene hat es viele Wortmeldungen gegeben, die das Ding sehr wohl sehr richtig problematisiert haben. Und in der öffentlichen Auseinandersetzung in Österreich, entweder ist man für Lissabon oder man ist ein FPÖ Faschist. So ist es also nicht. Das Ding hat, wie es besteht, seine Tücken vor allem, weil es ja auch sagt, dass es jetzt das letzte Vertragswerk ist,

von dem aus keine Änderung mehr möglich ist. Art. 43 Lissabon, die Festlegung der Verpflichtung zur Erhöhung der Militärausgaben etc. Ich glaube, wir müssen Europa genau wiederum zum Ort der demokratischen Auseinandersetzungen machen und deshalb müssen wir doch in der Auseinandersetzung hier in der Sozialdemokratie auch den Lissabon Vertrag so, wie er ist, progressiv in Frage stellen. In diesem Sinne danke für deine Ausführungen, Kollege Brand.

Frage

Ich wollte die eine Bemerkung von Ihnen, Herr Dr. Vranitzky, aufgreifen, dass Sie gesagt haben, dass bei uns die Abgeordneten, wenn Sie am Flughafen sind und nach Brüssel fahren, ihre hier bekannte Gesinnung abgeben. Ich denke mir, das ist ein viel allgemeineres Problem. Das fängt schon auf der Gemeindeebene an. Da ist man mit dem Karli zusammen, dann sitzt er plötzlich im Gemeinderat und dann wundert man sich zum Teil nur mehr, was der dort macht. Jetzt denke ich mir, das ist irgendwie ein grundsätzliches Problem von Berufspolitik und wie die Politiker draußen auftreten. Ich halte das aber für ein sehr wesentliches Problem in unserer Demokratie, wie mit dem umgegangen wird. Umso mehr wundert mich, dass die Sozialdemokratie alles, was sie an qualifiziertem und aktivistischem Personal hat, genau in diese Positionen hineinschickt. Die sitzen alle entweder in der Regierung, im Parlament, in den Gemeinden. Und es wird überhaupt nichts für die Arbeit, was moderne Gewerkschaften als Organizing machen, da gibt es keine qualifizierten Leute, die davon leben können und diese Arbeit tun. Sondern man sitzt da in diesen Ämtern, wo man hineingewählt wurde oder auch nicht, hofft, dass man das nächste Mal wieder gewählt wird, man arbeitet aber draußen nicht. Das ist eine völlige Ungleichverteilung des Personals, würde ich einmal sagen. Zweite Frage, in Kärnten gehen nicht nur Muren nieder, sondern ist auch die Landesbank niedergegangen. Und das ist ein ganz anderer Sachzwang. Und da würde mich interessieren, dass Prof. Brand das ein bisschen weiter ausführt. Er hat ja auch angesprochen, man könnte ja einen neuen Umgang mit dem Finanzsektor als Richtungsforderung oder da Vorstellungen entwickeln. Die würden mich sehr interessieren.

Frage

Peter Kreisky. Nachdem der Kreis überwiegend über 40 ist, gibt es die Erfahrung von sehr vielen dieser Generationen, dass inhaltliche und auch organisatorische Reformvorstellungen am Widerstand doch beträchtlicher Teile von sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaft gescheitert sind oder marginalisiert wurden. Und das passierte sehr häufig mit Unterstützung des mächtigsten Printmediums des Landes, Dichand. Wenn mir ein früherer grüner Parteivorsitzender erzählt hat knapp nach seiner Wahl, dass er quasi zu einem Antrittsbesuch eingeladen war bei Dichand und der gesagt hat, zwei Themen kommen nicht in Frage, Umverteilung und sich mit einer anderen Weise, als er es sich vorstellt, mit Flüchtlings- und Ausländerpolitik auseinander zu setzen. Van der Bellen hat sich nicht voll dran gehalten. Aber ich bin ziemlich überzeugt, dass nicht nur er sondern auch andere maßgeblicher im Wirtschaftsbereich auf die heutige Politik der Sozialdemokratie Einfluss haben als innere und äußere Reformbewegungen. Das ist ein Dilemma. Mein Vater hat sich einiges dabei gedacht in seinen letzten Jahren, wie er von einem rot-grünen Szenario für Europa gesprochen hat, nicht nur vor der linksliberalen Tageszeitung Dagens Nyheter in Schweden sondern auch an anderen Orten, weil er die innere Reformfähigkeit der Sozialdemokratie und auch der sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften für nicht sehr groß gehalten hat. Die Tendenz bei, sage ich jetzt dazu, Wohnungspolitik vor allem auf die Versicherungen im eigenen Einflussbereich oder im eigenen Immobilieneinfluss auch zu hören oder sonst die jeweiligen partikulären Lobbys, und das geht bis Brüssel im extremen Ausmaß. Sonst wäre nicht die Binnenmarktpolitik und die Wettbewerbspolitik in diesem Maße, wie es praktiziert wurde, hegemonial in der gesamten EU Politik geworden. Das, was Delors zu recht dann reformulieren wollte nur marginal in dem wichtigen Bereich der Regional- und Arbeitsmarktpolitik. Aber das sind Marginalien der EU Politik, die behübschen das, was im Grundstrom der EU passiert. Und ich sehe hier nicht den Reformimpetus aus eigenem. Es ist kein Zufall, dass die neue sozialdemokratische Oppositionsführerin in Schweden vor einem Jahr - das wurde kaum berichtet - ein Projekt mit der dortigen schwedischen Ex-KP, der Linkspartei und den schwedischen Gründen für den Zeitpunkt nach den nächsten Wahlen in einer guten Vorbereitungsphase, anders geht es in Schweden auch nicht, als erste Lehre aus der auch tiefen Krise der

schwedischen Sozialdemokratie. In Ergänzung noch zu der Wortmeldung, die skandinavische sozialdemokratische Politik in ihrer Höchst- und Blütezeit ist nur dann zu verstehen, wenn man die Kampagnenfähigkeit, die Mobilisierung für Reformprojekte kennt. Darüber wird kaum berichtet. Das ist von der Gesamtschulreform bis zur Pensionsreform in den 1960er Jahren ganz maßgeblich gewesen. Ohne das wären die knappen Mehrheiten im Parlament gar nicht möglich gewesen, um diese wichtigen Reformprojekte ... Das heißt eine Wechselwirkung auch zwischen einer ausgebauten Erwachsenenbildungsbewegung, einer aktivierenden, nicht nur auf Berufsqualifikationen hin. Das heißt ein gesamtanzipatorisches Projekt war das Charakteristikum in der Blütezeit dieser Parteien und auch ansatzweise in Mittel- und Südeuropa. Aber wenn man das nicht bereit ist, offen mit neuen sozialen Bewegungen, und die gibt es in großer Zahl von Amnesty bis Attac, international orientiert und regional orientiert, Frauen-, Bergbauernbewegungen, alles diese Bereiche. Vranitzky setzt hier sehr wichtige Zeichen. Sie waren nicht immer damals in den 1980er Jahren in der Deutlichkeit leider zu erleben. Obwohl Dallinger bis zu seinem Tod auch in der Vranitzky Zeit Reformimpetus gegeben hat in der Richtung, die du angesprochen hast. Alles das war schon in der Diskussion angeregt auch durch Andre Gorz und andere in der französischen Arbeiterbewegung.

Frage

Max Kothbauer. Ich möchte zu einem Thema wieder zurückkommen, das am Anfang aus meiner Sicht ganz wichtig war. Prof. Brand hat davon gesprochen, dass die Globalisierung keine zwangsläufige Entwicklung ist. Das ist mir zu wenig von ihm begründet. Wir können natürlich schon sagen, wie Klima abgetreten ist, war die Sozialdemokratie in einer wirklich eigenartigen Situation. Sie ist sang- und klanglos mit eingezogenem Schwanz davongegangen und hat nichts davon gesagt, was die letzten 30 Jahre vorher war. Es war dieses Österreich sehr wohl tatsächlich von diesem Überschwang dieser Wende und dieser Grasser und dieser Leute halt voll. Und wir haben kaum was sagen können. Aber das ist ja nur unsere Schwäche. Die wirkliche Frage ist, kann man wirklich sagen, dass die Globalisierung nicht auch davon abhängt, dass wir ein Informationssystem haben, Informationen blitzschnell zu Nullkosten gehen, dass Transportkosten plötzlich viel weniger hoch sind, weil natürlich externe Kosten nicht internalisiert wurden, oder dass die Finanzierungsmobilität halt sehr groß ist. Was mir hier fehlt in dieser politischen Diskussion, die Sie geben, Herr Prof. Brand, ist, wir dürfen doch nicht so sagen, es würde unser Sozialsystem geben, wenn nicht irgendwer ein Sozialprodukt erwirtschaftet. Eine der interessantesten Fragen ist ja, wir reden jetzt, dass das Sozialsystem unsere Finanzleistung überfordert. Das Finanzsystem hat einen großen Einfluss, dass wir die Krise haben, dass wir weniger Wirtschaftswachstum haben und dass wir automatische Stabilisatoren haben, die eben jetzt diese Kosten tragen müssen, ohne dass Einkommen generiert werden. Aber die große Frage ist für mich, wir brauchen ja, um unsere Sozialdemokratie zu leben, ein Wirtschaftswachstum, wie immer ökologisch oder sozial oder was immer es sein mag. Aber ohne dass es die Wirtschaft gibt, die das alles, Arbeit, Kapital, Wissen, gemeinsam zu etwas bringt, wird es überhaupt keine Demokratie geben. Ich wäre wirklich interessiert, wie können wir diese Form eines neuen Wirtschaftswachstums ankurbeln, weil das ist die Zukunft unserer gesamten Bewegung.

Ulrich Brand

Der letzte Punkt ist natürlich ganz zentral. Das war mir schon bewusst bei der Vorbereitung des Vortrages, dass ich auf diesen Punkt pointieren wollte. Mir ist schon klar, ich muss jetzt nicht Ronald Reagan anführen, aber er hat das 1979/80 Productive Revolution genannt. Er hat gesagt, wir müssen auch neue Technologien herstellen. Es gab einen Wechsel auf der Produktionsweise hin zu Informations- und Kommunikationstechnologien, Mikroelektronik. Mein Punkt wäre, wir haben einen wachsenden Kuchen, wir haben eine unglaubliche Fixierung auf den wachsenden Kuchen. Daran hängt alles, auch der Sozialstaat, wie Sie richtig sagen. Aber wie wird eigentlich der Kuchen gebacken? Was ist in dem Kuchen drin? Und was wird nicht berücksichtigt, wenn wir nur auf Wachstum schauen? Es wird nicht berücksichtigt, das haben Sie selber erwähnt, sozialökologische Kosten, Externalisierung. Es wird nicht berücksichtigt, dass hierzulande oder in Westeuropa zugegriffen wird auf Arbeitskraft und Ressourcen in anderen Ländern. Ich habe das im Vortrag nicht gesagt. Eine imperiale Lebensweise, also eine

Lebensweise, die bei uns Wohlstand schafft im Zugriff auf andere Regionen. Und der dritte Punkt wäre noch, was ist eigentlich der formalisierte Sektor dort, wo es Wirtschaftswachstum gibt, also der Sektor der Lohnarbeit, der Geldvermittlung, und was sind die ganzen anderen gesellschaftlichen Bereiche, wo ja permanent Wohlstand und Leben geschaffen und produziert wird, was aber gar nicht in die Wachstumsrechnung reingeht? Wofür ich plädieren würde, und das ist keine einfache Antwort, ist nochmal genauer zu fragen, was sind die Ingredienzen des wachsenden Kuchens und was sind die Logiken des Wachstums. Ich denke, aus einer sozialökologischen Perspektive brauchen wir ganz dringend eine Wachstumsdebatte, die nicht sagt wie noch vor 20 Jahren Daumen hoch, Daumen runter. Aber wie wird Wachstum genau gestaltet und wie werden die materiellen Aspekte umgestaltet? Das wäre mein ergänzender Punkt. Aber Sie machen einen wichtigen Punkt der Erwirtschaftung des Sozialprodukts, damit so was wie Sozialstaat möglich ist.

Die Schrumpfung des Finanzsektors. Das wissen hier im Raum andere viel besser. Es ist nur die technische Frage, wie die Finanzmärkte reguliert werden. Es ist eine Frage von gesellschaftlicher Macht und Kräfteverhältnissen. Dass Obama nicht besonders erfolgreich ist, hängt jetzt auch daran, dass die Wallstreet, also bestimmte Kräfte neben dem militärischen Komplex in den USA, weiterhin auch Finanzmarktakteure relativ stark sind und ihn da unter Druck setzen können. In Großbritannien sieht es nicht anders aus, wenn man bedenkt, dass in Ländern wie der USA oder Großbritannien nur noch ein sehr kleiner Teil des Sozialprodukts industriell produziert wird und die Finanzmarktsektoren stark sind. Also mein Punkt wäre als Ansatz, wie kann, um die Exzesse von Finanzmärkten zu vermeiden, Kreditgeschäft wieder zurückgeführt werden. Die zweite Frage ist aber sofort, welche gesellschaftlichen Kräfte haben eigentlich davon profitiert, dass die Finanzmärkte sich in eine bestimmte Richtung entwickeln, und welche haben den Schaden davon. Also wir reden nicht nur über technische Umsetzung, wir reden über Machtfragen, wir reden über Interessensfragen.

Der letzte Punkt, das zu wenige Organizing ist angesprochen worden. Wie gesagt, ich kenne mich jetzt in den SPÖ-internen Diskussionen nicht genug aus. Ich würde aber davor warnen nur zu sagen, die SPÖ hat zu viel Funktionärstum und zu wenig Kräfte für Organizing. Mein Vorschlag im Vortrag war, gesellschaftliche Mobilisierung viel breiter zu verstehen. Natürlich muss, wenn es sozialdemokratische Politik geben soll, die SPÖ auch wieder wachsen und mehr Einfluss gewinnen. Aber ich stelle mir ein soziales, ökologisches und demokratisches Projekt als etwas vor, was an vielen gesellschaftlichen Orten entsteht. Deshalb mein Vorschlag nochmal mit den Hochschulen, dass Menschen in ihrer Institution, Gewerkschaften, Betriebe, in den sozialen Bewegungen sich selber mobilisieren und sagen, wir haben bestimmte Ansprüche, Gesellschaft auch mitzugestalten. Ja Sozialdemokratie, auch Fragen von Organisierung, aber deutlich darüber hinaus. Das wäre mein Vorschlag mit diesem breiten Politikbegriff, den ich unterbreite habe.

Franz Vranitzky

Man muss das noch vielleicht drei Mal unterstreichen, was Sie gesagt haben über ein weitaus zu verbesserndes Regulativ der Finanzmärkte. Wir wissen schon, dass die Amerikaner und die Briten, auch andere, sich sehr dagegen wehren aus den Gründen, die Sie angeführt haben. Aber das darf die Anderen trotzdem nicht ermüden lassen, weil, wenn auf diese Art und Weise wieder gröbere Verwerfungen der Finanzmärkte zustande kommen sollten, dann leiden wieder alle sehr darunter. Und es wird dann wenig Trost sein zu sagen, wir hätten ohnehin gewollt, aber die Amerikaner haben nicht mitgespielt. Das ist ein bisschen zu wenig dann. Wiederum eine europäische Aufgabe.

Frage

Michael Wimmer. Herr Prof. Brand, Sie haben relativ wenig über Zustimmung gesprochen. Peter Kreisky hat schon die Altersstruktur unserer Gruppe hier angesprochen. Sie sprachen vom Klassenkompromiss im Fordismus, wo es auch eine Reihe von relativen Nutznießern gegeben hat, wo es etwas zu verteidigen gibt und das gibt es bis heute zu verteidigen. Ich denke, die SPÖ, möglicherweise auch andere sozialdemokratische Parteien, sind wichtige Verwahrgesellschaften oder Organisationsformen, das, was

in dieser Zeit errungen worden ist, aufrecht zu erhalten. Dem gegenüber stehen jetzt Arbeitslosenraten bei jungen Menschen in sozialdemokratisch regierten Ländern wie in Spanien bei an die 50%. Und ich überlege mir die ganze Zeit, wie kann das gut gehen, diese Perspektivenlosigkeit. Da geht es nicht um Studierende, da geht es um Menschen in prekären, perspektivlosen Lebensverhältnissen. Da hätte ich ein bisschen gerne von Ihnen gehört, wo kann da überhaupt eine Anbindung wieder stattfinden. Welche Angebote können hier entwickelt werden, dass die sozialdemokratischen Parteien in irgendeiner Form glaubwürdig diesen Menschen gegenüber treten können?

Frage

Ich möchte eigentlich nur Grundsätzliches sagen. Den Kapitalismus gibt es meiner Meinung nach, seit Menschen zusammen kommunizieren. Es begann dann schon sehr bald, dass der Schlauere den weniger Schlaunen übers Ohr gehaut hat. So hat sich das eben entwickelt. Dann kam das Geld. Und heute ist der Kapitalismus mafios geworden. Er ist ungerecht. Meiner Meinung ist er eigentlich in der Hölle oder zumindest in der Vorhölle. Wie wir da herauskommen, möchte ich erst gar nicht sagen. Von Brüssel bin ich heute schon wieder einmal enttäuscht worden. Ich habe nämlich schon voriges Jahr erwartet, dass ein Slogan kommt, die europäischen Staaten müssen durchstarten einmal für ein Jahr. Das heißt kein Streik, keine Lohnerhöhungen, keine Pensionserhöhungen und die Subventionen für die Bauern werden gekürzt etc. Aber nichts kam davon. Meine zweite Frage, das hätte Österreich ja auch machen können in Eigenregie. Aber da kam eben auch nichts. Das ganze Steuersystem, was jetzt läuft, ist meiner Meinung nach total falsch. Nach meiner Denkweise müsste es ganz was anderes geben. Ich habe da drei Positionen, die Ökosteuern, aber nicht so, wie es der Finanzminister gepredigt hat. Und als zweites: Von der Miete bis zur Rauchfangkehrergebühr müssen alle Gebühren reduziert werden. Und dann kommt auch noch eine Flugsteuer, d.h. eine Kilometersteuer. Das hieße für mich für internen Europaflug z.B. ein Cent pro Kilometer, außerhalb Europas zwei Cent, das hieße der europäische Fremdenverkehr würde forciert und der Fernflug würde reduziert, was eine gerechte Steuer ist. Und die gerechte Steuer kann nur ökologisch passieren, die Benzinsteuern, Gassteuer und Stromsteuer. Das ist ungerecht, weil dem Reichen macht das nichts aus, wenn er 300 Euro im Monat mehr zahlt. Aber der kleine Mann, für den sind 20 Euro schon eine Belastung. Da fehlt mir halt der Druck von der SPÖ. Man muss einfach Forderungen stellen und man muss vorher Alternativen ausdenken, damit man überhaupt Forderungen stellen kann. Und Forderungen müssen durchgezogen werden.

Frage

Josef Butschek. Ich möchte an das anknüpfen, was Max Kothbauer gesagt hat. Der Prozess der Globalisierung läuft nicht deswegen in diese Richtung, weil es Naturprozess ist, sondern weil es gesellschaftliche Gruppen und Personen gibt, Menschen aus Fleisch und Blut, die ein Interesse daran haben, dass er in diese Richtung und in keine andere läuft. Weil Sie gesprochen haben, Herr Prof. Brand, von der hohen Arbeitslosigkeit. Wir hatten die nicht nur in Österreich, 1954/54 mit 14% Winterarbeitslosigkeit. Wir hatten das Problem im OECD Bereich erstmals im großen Ausmaß nach dem Ölschock. In der OECD gab es eine Kommission unmittelbar vor dem Ölschock unter dem Vorsitz von McReckan, dem amerikanischen Experten, und man hat formuliert, der Kapitalismus - das durfte man damals noch sagen - hat eine strukturelle Krise nicht, der hat nur eine konjunkturelle Problematik und das wird sich alles wieder lösen. Wie sich gezeigt hat noch in den 1970er Jahren, war das nicht der Fall. Und es wurde eine zweite Kommission eingesetzt unter Prof. Jacques Lesourne, einem Franzosen. Der Projektbericht ist heute noch lesenswert. Der heißt Interfutures, Machbarkeit und Gestaltung der Zukunft. Darin wurde zumindestens zugelassen, dass einige Experten darauf hingewiesen haben, dass dieser Wachstumspfad, wie er nach Weltkrieg zwei so erfolgreich beschritten wurde, aufgrund des Aufholvorgangs in der Dritten Welt, den Schwellenländern nicht weiter aufrecht zu erhalten sein wird, und dass man sehr wohl auch die Frage stellen darf, ob der Kapitalismus nicht in seiner Verfassung, wie er damals war, eine strukturelle Krise hat. Der Einzige, der dieses Wort jemals in den Mund genommen hat, war Kanzler Kreisky, der in einem Radiointerview einmal gesagt hat, und jetzt gibt's einige Experten in der OECD, die sagen, der Kapitalismus hat eine strukturelle Krise, aber das kann man ja nicht laut sagen, sonst heißt es ja gleich, man ist ein Kommunist. So ungefähr, wenn ich mich recht erinnere. Was

ist das Verblüffende an diesen Diskussionen der OECD Experten gewesen? Dass man damals sehr wohl die auch von der katholischen Soziallehre sehr stark verfochtene These aufgreifen konnte, dass eine generelle Arbeitszeitverkürzung notwendig wäre. Damit hat man einen Anschluss gesucht an die Diskussion der Zwischenkriegszeit. Das Buch von Galbraith kennen ja die meisten, von der Affluent Society, von der Überflusgesellschaft, wie er die Erfahrungen des aufblühenden Kapitalismus nach Weltkrieg eins in Amerika charakterisiert hat. Das ist das Eine. Es gibt Menschen, die die Probleme gestalten aus ganz klaren und auch benennbaren Problemanliegen. Und was fehlt, ist eine politische Kraft und in dieser politischen Kraft Menschen, die es sich zutrauen, diese Problemanliegen zu formulieren. In unserer eigenen Parteigeschichte - ich bin zwar erst seit 1958 zahlendes Mitglied - gab es ja einige sehr schöne Vorbilder. Ich zitiere Einen, der sagte, Wahlen zu gewinnen ist wichtig, Sozialisten zu erziehen, ist wichtiger. Der Name ist allen bekannt, das ist Viktor Adler. In einem Briefwechsel zu Bebel unterhalten sie sich über die Veränderungen, die sie selbst in ihrem Entwicklungsgang, die Welt zu verstehen und auf sie Einfluss zu nehmen, durchgemacht haben. Wörtlich heißt es: "Was waren wir denn vor zwanzig, dreißig Jahren? Da waren wir ja auch keine Sozialisten. Aber jetzt haben wir uns durchgerungen zum Verständnis der Problematik." Diese Frage, wer benennt die Probleme, ist ganz wichtig für das, was hier genannt wurde, Überzeugungskraft. Eine Partei ist eine symbolische Identität und auch eine soziale Identität. Und sie hat sich in ihren Grundsatzprogrammen in sehr verschiedener Weise festgelegt. Ich zitiere aus den Grundsatzprogrammen, Programm 49, "Als eine Gesinnungsgemeinschaft erwarten wir von unseren Mitgliedern ein entsprechendes Verhalten." Das bitte ich Herrn Prof. Brand, vielleicht können Sie das auch betonen, die Verstrickung, die einzelne Menschen in ihren eigenen Interessenslagen haben und die sich vielleicht daran hindern, für andere offensiv vorzugehen.

Frage

Gustav Posch. Ein Problem, das meinen Freunden und mir von der ACUS, der Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialdemokratie, unter den Nägeln brennt oder wie ein Dorn im Fleisch steckt, ist das anscheinende Fehlen jeder Ethik in der Diskussion. Wenn man nur das hässliche Wort Fremdengesetze hernimmt, wo es einem braun und kalt über den Rücken läuft und man sieht, dass wir Sozialdemokraten ohne Anlass in Opposition stehend mit der schwarz-blauen Regierung mitgestimmt haben, dann rollen sich mir die Zehennägel ein. Meine politische Heimat ist der Karl Marx Hof. Im ganzen riesigen Karl Marx Hof - er ist nicht der größte, aber der bedeutendste Gemeindebau in Wien - gibt es keine Sektion mehr. Das ist aber kein Grund, dass man mit den Menschen nicht spricht. Und wenn man mit den Menschen spricht, dann sieht man ungefähr diese 20%, 25% der Bevölkerung, die die Zeiten vor einem Menschenalter als schön und gut hinstellen. Da kann man nichts machen, reden kann man mit ihnen. Aber dann gibt es unsere, die enttäuscht sind, die das Fehlen der Ethik feststellen, und die sagen, na die jetzt sind ja auch nicht besser. Das ist also ein fürchterliches Dilemma, das uns kleine Funktionären auffällt.

Ulrich Brand

Ich möchte zu zwei Punkten noch Stellung nehmen, eher als Ausblick die Frage der Zustimmung. Ja, ich denke schon, dass in Österreich immer noch zwei Drittel der Menschen in dieser Gesellschaft sich immer noch integriert fühlen, haben etwas von diesem Lebensmodell, wissen, dass es ein paar Kilometer weiter nach Osten ganz anders aussieht und sind irgendwo froh, hier zu leben. Ich würde es als passive Zustimmung nehmen, weil es auch Unzufriedenheit gibt mit Formen der Repräsentation, mit dem, wie Gesellschaft läuft. Mein Argument wäre, wenn wir ernsthaft uns in einem politischen Spektrum im sozialdemokratischen Feld über die Probleme der Zukunft verständigen, dann müssen wir einerseits die hohe Zustimmung sehen, und das erzeugt politische Probleme, und andererseits haben wir die Verantwortung, Stichwort Ethik, Zukunftsprobleme zu sehen. Mein Argument ist, die Krise ist eine multiple Krise, die tief verstrickt mit auch einer ökologischen Krise, dass bestimmte Lebensweisen so nicht weitergehen. Dann müssen wir es diskutieren und dann wäre die Aufforderung an das politische Spektrum und an die Wissenschaft, Vorschläge zu entwickeln, was geschehen kann. Das ist kein katastrophisches Argument. Das ist mir ganz wichtig. Ich finde diesen Katastrophismus in der Ökologiediskussion, was wir vor Kopenhagen erlebt haben, dass Ban Ki Moon am 23. September,

hundert Tage vor Kopenhagen, die Regierungschefs nach New York eingeladen hat, sie waren auf dem Weg nach Pittsburgh zum G20 Gipfel, und hat gesagt, in den nächsten hundert Tagen muss alles geschehen, dass das Klima gerettet wird. Als Kopenhagen ein Desaster war, hat er gesagt, zumindest haben wir geredet. Diesen Katastrophismus meine ich nicht. Das ist mir ganz wichtig. Aber eine ernsthafte verantwortungsvolle Auseinandersetzung mit den Problemen in Anerkennung der Strukturveränderung von Gesellschaft und der Veränderung des politischen Feldes.

Zweiter Punkt, natürlich enorm wichtig. Was machen wir nun mit denen, die überhaupt keine Anbindung mehr haben. Ich bin im Februar in El Ejido. Vor zehn Jahren gab es dort rassistische Ausschreitungen gegen marokkanische Arbeitskräfte. Das ist in Andalusien, in Almeria, wo ein ganz starker Teil der Gemüseproduktion in den Gewächshäusern hergestellt wird. Dort arbeiten 80.000 Menschen aus Marokko, die keine Papiere haben. Das ist funktional für die spanische Landwirtschaft. Da habe ich mich auch viel beschäftigt damit. Und da kam ich in Diskussion, aber natürlich auch in anderen Kontexten nochmal auf diese Idee, natürlich ist gesellschaftliche Teilhabe mit Lohnarbeit, mit Einkommen verbunden. Das soll auch so sein, und es sollen gesicherte Arbeitsverhältnisse sein. Aber vielleicht müssen wir einen Schritt weiterdenken und auch sagen, gesellschaftlicher Wohlstand, gutes Leben ist nicht nur das individuelle Einkommen, sondern ist die Lebenswertigkeit von Gesellschaft. Das, was man als soziale Infrastruktur bezeichnet. Hier sitzt der Kulturstadtrat, der weiß, wovon ich spreche. Was macht Wien lebenswert? Öffentlicher Verkehr und vieles andere. Also müssen wir nicht eine Debatte führen neben den individuellen Einkommen, und wir haben es ja auch in der Realität, was sind nun ganz neue Formen von sozialer Infrastruktur. Wie können Menschen sich bewegen? Wie können Menschen gut sich ernähren? Wie können Menschen gut wohnen? Und da wäre mein Argument, dass es eben keine Ökonomisierung gab, weil Ökonomisierung bedeutet, ich habe Zugriff, wenn ich Geld habe, sondern im Gegenteil, es muss wieder die Initiative geben, dass Menschen ein Anrecht haben auf bestimmte gesellschaftliche Gemeingüter, Transportmittel und anderes zurückzugreifen. Damit kommen wir nicht aus der Lohnarbeit raus als Fokus. Aber es wäre eine Möglichkeit weiter zu diskutieren, um diese ganz drängende Frage, wie werden Menschen, die gar nichts haben, die ganz prekariert und flexibilisiert leben, wieder einbezogen. Das ist bei Bildungsfragen und bei vielem anderen. In die Richtung könnte eine Debatte weitergehen in Richtung soziale, demokratische und immer auch ökologische Politik.

Franz Vranitzky

Danke vielmals, Herr Professor. Was ich u.a. mitnehme von Ihrem Vortrag und auch von den in höchstem Grade interessanten Diskussionsbeiträgen, ist der Umstand, dass wir in einer Zeit leben, in der fortgeschritten Folgendes eingetreten ist aufgrund des Marktadikalismus, dass nämlich die staatlichen Strukturen mehr für die Absicherung der Vermögen und der Vermögensbesitzer ausgerichtet sind und weniger für die Interessen und Absichten der Lohnabhängigen. Darauf haben die Volksparteien - und jetzt rede ich einmal nur von der roten Volkspartei - keine Antwort gefunden bisher. Daher kommen dann solche Wahrnehmungen, wie wir sie heute am Abend gehört haben, zustande. In den Gemeinden, welche politischen Ziele und Meinungen werden überhaupt vertreten. Oder gibt es in einem historisch einmaligen großen Gemeindebau hier im 19. Bezirk keine Sektion mehr. Und vieles andere, was auch gesagt worden ist. Es gibt von Eva Kreisky die Formulierung "der Umkehrschub der demokratischen Dynamik". Dieser Umkehrschub der demokratischen Dynamik heißt ja, dass eben für die Lohnabhängigen weniger politisches Verständnis auch für sie erkennbar da ist. Das äußert sich wieder darin, wenn jetzt die öffentlichen Budgets und Haushalte wieder auf gerade Füße gestellt werden sollen, dass man in erster Linie drüber nachdenkt, welche Sozialleistungen muss man zurücknehmen oder welche Löhne und Gehälter muss man zurücknehmen und welche Pensionssteigerungen sollen nicht mehr in Frage kommen etc. Das ist ziemlich einseitig auf die unselbstständig Erwerbstätigen ausgerichtet. Es ist halt so, das, worüber wir hier diskutieren, ist ja kein österreichisches Phänomen. Das haben wir in allen europäischen Gesellschaften und sozialdemokratischen Parteien, wo nach diesen Haltegriffen gesucht wird, und die sind noch nicht gefunden. Ich glaube, das wir nur wieder umgekehrt werden können, wenn man dann Ihre Ideen von einem progressiven politischen und progressiven gesellschaftlichen Projekt auch in konkrete Umsetzungsmaßnahmen transferieren und transformieren kann und damit auch wieder einladend wird für

einen Großteil der Bevölkerung. Die Politik hat sicher immer wieder und, ich glaube, in der jetzigen Zeit gerade das Problem, wenig einladend zu sein für interessierten Staatsbürger, aus vielerlei Gründen, die heute erwähnt und besprochen worden sind. Wenn wir uns hier im Kreisky Forum mit interessanten Vortragenden immer wieder bemühen, hier Wege aufzuzeigen, dann ist das heute Abend sicherlich gelungen. Ich danke Ihnen sehr dafür. Ich habe auch schon bei anderer Gelegenheit Ihnen ja sagen können, dass ich höchst interessante Zeitungsartikel von Ihnen gelesen habe. Ich verbinde dieses Lob oder diese Bewunderung mit der Bitte, nicht innezuhalten und immer wieder zu publizieren, weil das halt in Österreich so ist, einem Professor glaubt man, und wenn es wo gedruckt steht, erst recht. Danke.